

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/72

Hannover, 5. September 47
Telefon: 20951/52

Notstandsrecht

P.R. Die brennenden Tagessorgen und die Furcht vor dem Winter entheben nicht der Notwendigkeit, möglichst bald zu Grundgesetzen der deutschen Länder und auch eines kommenden neuen Deutschlands zu kommen, da nur auf ihnen ein geordnetes und in sich gefestigtes politisches Leben denkbar ist. Das gilt, auch wenn durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte wesentliche Souveränitätseinschränkungen hingenommen werden müssen. (Dabei ist es eine andere Frage, wie weit auch diesem Zustand der militärischen Besetzung durch ein darauf abgestelltes Statut in rechtlicher Beziehung Rechnung getragen werden soll.) Die Länder der französischen und amerikanischen Zone besitzen bereits eine Verfassung. Der Frage der künftigen deutschen Verfassung wird man erst im Anschluß an die Londoner Konferenz näher treten können. So liegt der aktuelle Akzent in dieser Angelegenheit bei den Ländern der britischen Zone.

Hier hat man sich bisher mit Provisorien begnügt. Die endgültigen Verfassungen sind in Vorbereitung. Als erster Entwurf ist in diesen Tagen der niedersächsische Gegenstand öffentlicher Berörterungen geworden. Er ist sehr stark das persönliche Werk des der SPD angehörenden Ministerpräsidenten Kopf. Er enthält eine ganze Reihe von Bestimmungen, die recht eigenwillig sind und von denen man annehmen muß, daß sie einen sehr lebhaften Meinungskampf hervorrufen werden. Hier soll nur ein Punkt besonders herausgegriffen werden, den gerade an dieser Stelle zu behandeln, uns wichtig erscheint, weil er weit über die Grenzen Niedersachsens hinaus Bedeutung hat.

Der niedersächsische Entwurf sieht unter anderem vor, daß ein Staatsgerichtshof als "Wächter der Verfassung" fungieren soll. Er soll als verantwortungsvollste Aufgabe das Recht und die Pflicht haben, in "einer schwerster Erzechütterung des politischen und wirtschaftlichen Lebens darüber zu entscheiden, ob der verfassungsmäßige Zustand im Lande noch gewährleistet ist. Stellt der Staatsgerichtshof fest, daß dies nicht mehr der Fall sei, so soll die gesetzgebende und vollziehende Gewalt bis zur Wiedernerstellung der verfassungsmäßigen Zustände auf ein Landesdirektorium übergehen. Das wiederum soll aus dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Landtages und dem Präsidenten des Staatsgerichtshofes bzw. dem Präsidenten eines ebenfalls neu zu schaffenden Rates der Ältesten (Landesrat) bestehen. Das Direktorium wäre mit weitgehenden Vollmachten auszustatten und

erst ein entsprechender Beschluß des Staatsgerichtshofes würde die Wiederherstellung normaler Zustände und das Erlöschen dieser Vollmachten fixieren.

Das sind Gedankengänge, die ernste Bedenken hervorrufen, auch wenn sich für sie vielleicht manches Argument anführen läßt. Das Problem des Notstandsrechtes ist gewiß nicht neu. Die Befürworter einer solchen Einrichtung lieben es z.B., an das Wort des alten Demokraten Komssen zu erinnern, die Demokratie habe sich immer dadurch vernichtet, daß sie die äußersten Konsequenzen ihres Prinzips zog. Sie haben das Scheitern des Staates von Weimar darauf zurückgeführt, daß der Republik Autorität fehlte. Aber wir sind der Ansicht, daß mangelnde Autorität nicht durch ein Notstandsrecht von der Art des viel zitierten Art. 48 der Weimarer Verfassung ersetzt werden kann oder durch irgend etwas, was ihm gleicht. Die Erfahrung bestätigt eine solche Auffassung. Schon in seiner ersten Reichstagsrede, bald nach seiner Ernennung im Frühjahr 1930, deutete der damalige Reichskanzler Brüning an, daß er sich zur Durchsetzung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen der Ausnahmestimmungen der Reichsverfassung bedienen werde. Es war der Sozialdemokrat Breitscheid, der ihn beschwor, nicht diesen Weg zu gehen, der nur zur vollen Diktatur führen könne. Die Entwicklung hat ihm - leider - recht gegeben.

Der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in dieser Frage ist in den Richtlinien für den Aufbau der deutschen Republik niedergelegt, die in der Sitzung des Parteivorstandes am 13. und 14. März ds. Jrs. beschlossen wurden. Darin heißt es: "Die Verfassung darf keine Bestimmung über ein Notstandsrecht enthalten, die dem Parlament gestattet, sich der politischen Verantwortung zu entziehen." (Auch hier ist natürlich der Einwand möglich, daß es praktisch ziemlich wertlos wäre, ein Parlament zur Handhabung einer politischen Verantwortung zu zwingen, die es zu tragen nicht mehr willens oder in der Lage ist. Auch das dahn verbleibende Mittel der Auflösung und der Neuwahl ist ebenfalls höchst gefährlich, wie die Zeit der schwersten Krise der Weimarer Demokratie gezeigt hat.) Es sei hier auch angeführt, was auf der letzten Nürnberger Parteitag Dr. Monzel, Düsseldorf, zu diesem Thema in seinem großen Referat über den Aufbau der deutschen Republik geäußert hat: "Wir wollen vor allem nicht wieder zurück zur Diktaturbefugnis jenes Art. 48, der sowohl der verantwortlichen Reichsregierung als auch den Abgeordneten des Reichstages zu leicht die Möglichkeit gab, sich der politischen Verantwortung zu entziehen. Man wird daher daran festzuhalten haben, daß es kein Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung wie in der Weimarer Verfassung geben darf, weil damit den Parteien die politische Verantwortung abgenommen oder erleichtert wird. Wohl kann für die parlamentarischen Körperschaften eine objektive Unmöglichkeit (Naturkatastrophen, Maßnahmen der Besatzungsmächte, Unruhen oder dergl.) entstehen, die politische Funktionen zu erfüllen. Hierfür wird ein Ausweg zu finden sein mit dem wesentlichen Unterschied zu der Weimarer Verfassung, daß nicht nur der Reichspräsident allein, sondern nur die Reichsregierung zusammen mit dem Reichspräsidenten ein Notverordnungsrecht besitzen und der Reichstag nach Behebung der Schwierigkeiten alsbald über die erlassenen Notverordnungen selbst zu entscheiden."

Sicher sind die Formen, in denen man sogenannte autoritäre Elemente in eine demokratische Verfassung einbauen kann, sehr verschiedenartig, ganz unabhängig von der vermeintlichen Notwendigkeit, es zu tun. Aber in jedem Fall sollte gerade hier der Grundsatz principia obsta - wäre dem Anfang! - Rechnung getragen werden, weil die Sicherheit vor dem Mißbrauch außerordentlicher Vollmachten noch schwieriger zu erreichen ist als die Verhütung von Zuständen, die solche Vollmachten selbst erst wünschenswert machen.

Der Wirtschaftsrat an der Arbeit

(Dig. Bericht) Frankfurt

Auf dem Gebiete der Volksernährung hat der Wirtschaftsrat in seinen Sitzungen am 4. und 5. September wertvolle Arbeit geleistet. Zunächst einmal hatte er sich mit Maßnahmen zu befassen, mit denen versucht werden soll, das weitere Abgleiten der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Moral aufzuhalten.

Da vor allem von der Ernährung her das Leben des arbeitenden Volkes bedroht ist, hatte die SPD eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Die im Augenblick bedeutsamste ist die Offenlegung der Listen bei den Gemeindeverwaltungen, die genaue Angaben über die Größe des einzelnen landwirtschaftlichen Betriebes, das ihnen auferlegte Ablieferungssoll und die tatsächliche Ablieferung enthalten sollen. Durch diese Maßnahme wird nicht nur die Arbeit der Kontrollausschüsse und der Hebungskommissionen, sondern die gegenseitigen Kontrollen in jedem Dorf erleichtert. An Hand dieser Unterlagen können die ehrlichen Bauern, von denen es sicher sehr viel mehr gibt als von der anderen Sorte, wieder Ordnung in ihrem Berufsstand schaffen.

Von Bedeutung für die Sicherung der Volksernährung war ferner ein Antrag, der von den Verwaltungen für Landwirtschaft und für Wirtschaft einen Plan zur Sicherstellung des industriellen Bedarfs der Landwirtschaft forderte. Bekanntlich werden viele Bauern zu Tauschgeschäften gezwungen, um von der Industrie und den Händlern Nufnägel, Bindegarn, Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen usw. erhalten zu können. Alles was zu diesem Zweck "kompensiert" wird, geht der planmäßigen Volksernährung verloren. Es muß deshalb ein Weg gefunden werden, der diese Industrieprodukte bei den Herstellern erfaßt und auf dem kürzesten Wege den Bauern zuführt.

Schließlich wurde, um die zentralen Verwaltungen in den Stand zu setzen, gegenüber den Schwierigkeiten des Winters schnell und wirksam handeln zu können, vom Wirtschaftsrat dem Exekutivrat das Recht gegeben, in Zusammenarbeit mit den Direktionen für Ernährungswirtschaft und Verkehr bindende Anweisungen auch in solchen Fragen zu erteilen, die der Wirtschaftsrat in der kurzen Zeit seines Bestehens noch nicht durch ein Gesetz regeln konnte. Der Wirtschaftsrat hat sich dabei seinen vollen gesetzgeberischen Einfluß gesichert, indem er diese Maßnahmen wieder aufheben kann, wenn sie seiner Ansicht nach nicht richtig sein sollten. Zur Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle über die zentralen Verwaltungen wurde beschlossen, daß der Hauptausschuß der bei diesem Gesetz in Vertretung des Wirtschaftsrates handeln kann, von nun an jede Woche einmal zusammentritt. Erwähnenswert ist, daß alle diese Maßnahmen beinahe einstimmig beschlossen wurden.

Betrachtungen zur Ziegenhainer Entschliessung

Wir erhalten die nachfolgende Zuschrift von einem Nichtsozialdemokraten. Sie zeigt, in welchem starkem Umfange die Ziegenhainer Entschliessung über SPD und Marxismus die notwendige geistige und politische Klärung auch über den Rahmen der Partei hinaus vorwärts zu treiben geeignet ist.

Die Entschliessung auf der kulturpolitischen Tagung der SPD in Ziegenhain ist mehr als eine der vielen Alltagserscheinungen in unserem politischen Leben. Die Feststellung, dass für die SPD die Ergebnisse der marxistischen Methode eine unverzichtbare Quelle politischer Erkenntnis sind, dass sie über nicht alleinige und absolute Grundlage aller Erkenntnis darstellen, verraten eine so tiefe Einsicht in die grundlegenden Dinge unseres Daseins, dass sich auch der nicht der Partei Verbundene damit beschäftigen muss, um für sich persönlich und den Kreis seiner Wirksamkeit klärend zu wirken.

Die Stärke aller wirklich im Sozialistischen wurzelnden Menschen (dass man in dieser Welt fest wie ein Baum in der mütterlichen Erde wurzelt, ist das Wichtigste) ist das Streben nach einer umfassenden Deutung des Begriffes, weil allein dadurch die dauernde, nicht hinter der Entwicklung zurückbleibende und im Dogmatischen erstarrende Wirksamkeit garantiert ist. Sozialismus ist kein historisch bedingter und im Historischen stecken gebliebener Materialismus, sondern setzt eine ethische, der Gegenwart und Zukunft verpflichtete Verantwortung voraus. Dieser Verantwortung trägt die Ziegenhainer Entschliessung mit den Worten "...um des Menschen willen..." Rechnung. Denn was stünde höher als die Achtung, die Fürsorge und die Verantwortlichkeit für den Mitmenschen.

Wie sieht der kritische Nichtmarxist Marx und seine Bezogenheit auf das Heute? Marx war - wie wir es für unsere Zeit sind - ein Kind seiner Zeit. Er erkannte die ökonomischen Bedingungen und ihre Auswirkungen auf die menschlichen Triebkräfte und zog daraus als exakter Wissenschaftler und Sozialist die Folgerungen für die Aera des sich sprunghaft entwickelnden Industrialismus. Die Entwicklung der Wirtschaft und des Imperialismus geben ihm recht. Aber schon der erste Weltkrieg (dessen imperialistische und kapitalistische Grundlagen in jedem politischen Lager unverkennbar waren), trieben die Entwicklung mit der Gewalt von Naturkatastrophen weiter. Die Weltauseinandersetzung im zweiten Krieg und die daraus resultierenden Folgen schufen eine neue geistige und politische Basis, ohne die einstigen Voraussetzungen, von denen Marx ausging, für ungültig zu erklären.

Nehmen wir als Beispiel das Ökonomische. Als der Alternative Kapitalist-Proletarier wurde eine Vielfalt von Guppierungen. Die sozialistische Gesellschaftsordnung muss also heute "...um des Menschen willen..." vielgestaltiger sein, soll sie ihre Funktion erfüllen. Das chaotische Geschehen der Gegenwart ist nicht mehr auf einen so einfachen Nenner zu bringen, wie es früher der Fall war. Wir sprechen hier nicht von den besonders komplizierten Weltmaßstäben einer internationalen sozialistischen Ordnung, deren Problematik heute schon allein der Gegensatz zwischen dem

östlichen, sich totalitär gebenden Sowjetismus und der westlichen Demokratie mit ihren kapitalistischen Verflechtungen aufzeigt. Uns kommt es vor allem darauf an, die offensichtliche turbulente Viestaltigkeit an unserem deutschen Beispiel - und da wieder allein auf dem ökonomischen Gebiet - zu interpretieren.

Sozialismus umfasst das Verhältnis zum Sozium, zum Genossen. Der Genosse ist der politische Kamerad, aber auch der Leidensgenosse, der Mitflüchtling, der Mitausgebombte, der Mitlohnempfänger, der Mitungerede, der Mitnormalverbraucher, der Mitelternlose, der Mitberufslose, im Gegensatz zu den von diesen Nöten Nichtbetroffenen. Heute kann z.B. in den Armen eines Flüchtlings, der kaum über einen eigenen Kochtopf verfügt, der "Proletarier" von einst, der seine Habseligkeiten über den Balkenkrieg hinweggerettet hat, ein mit neidischen Augen betrachteter "Kapitalist" sein, das elternlose "Kapitalisten"-Kind, das den Vater im Krieg die Mutter unter den Trümmern der heimischen Wohnung verlor, ist proletarischer als das armseligste Tagelöhnerkind, das von mütterlicher Liebe und väterlicher Fürsorge umgeben ist. Die ökonomische Basis fast aller Menschen hat sich verschoben, was einst wohlhabend war, kann heute arm, was arm war, zuweilen sogar wohlhabend genannt werden.

Die Kluft, die es zu überbrücken gilt, ist heute grösser als die nüchterne Problemstellung von einst. Der Gegensatz zum Selbstversorger im Erdgeschoss, von dem der Duft des sonntäglichen Kochens bis in die karge Dachgeschosswohnung des Evakuierten oder Flüchtlings dringt, ist heute nicht weniger gross als zwischen Millionär und dem Lohnempfänger von einst. Diese Sphäre, die Handeln, Fühlen und Wünschen jedes Einzelnen beeinflusst, kann - und diese Gefahr sieht jeder, der den Dingen mit offenen Augen gegenübertritt - tödlich für die Zukunft werden, denn aus dem Gegensatz wächst Hass, aus dem Hass Kampf und aus dem Kampf Vernichtung. Hier setzt die umfassende Aufgabe des Sozialismus "...um des Menschen willen..." ein.

Sozialismus aber, und das soll zum Schluss noch hervorgehoben werden, ist nicht nur dem Ökonomischen verhaftet, wie böswillige Kritiker zuweilen behaupten, sondern umfasst alle Bereiche des menschlichen Daseins. Deshalb ist die Teilnahme aller an den geistigen Gütern des Lebens notwendig, von denen ein grosser Teil heute getrennt ist.

"Die gemeinsame Kraft, die Welt zu verändern", von der in der Zielgenhainer Tagung gesprochen wurde, kann, wenn sie zur Auswirkung kommen könnte, als Farnfare des 20. Jahrhunderts wirken, so wie einst die Proklamation der Menschenrechte die vergangene Epoche überschattete. Doch all kommt auf die Menschen an....

Sollen sie die Ruhrbergwerke leiten?

Die Londoner Sonntagszeitung "Reynold News" glaubt bereits die Namen der Deutschen nennen zu können, die ausersehen sind, die Leitung der Kohlengruben im Ruhrgebiet zu übernehmen, wenn diese wieder in deutsche Hände zurückgegeben werden. Folgende sechs Namen werden aufgeführt: Heinrich Dankelbach, der "Entflechter der Konzerne", Dr. Hermann Wenzel, von den Vereinigten Stahlwerken Düsseldorf, Heinrich Meyer, Vertreter der werkschaften bei der North German Iron and Coal Control, Siegfried See, Direktor eines grossen Ruhr Stahlwerks, Konrad Skrentny von dem Hüttenwerke H. Spe und Hans Sandler von den Bochumer Stahlwerken. (L/BGS/L/he)

Ägypten im Umbruch

Von F. O. Keller, London

Im Folgenden behandelt ein besonders guter Ägypten-Kenner aus eigener Anschauung die verwickelten Probleme dieses Landes. Wir halten den Beitrag deshalb für besonders wichtig, weil hier das Verständnis für ein hoch aktuelles Thema durch eine ebenso gründliche wie sachliche Darstellung vor allem der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Landes untermauert wird.

Ägypten hatte zur Zeit der letzten Volkszählung von 1937 eine Einwohnerschaft von rund 16 Millionen, die sich seither auf etwa 18 Millionen vermehrt haben dürfte. Die Industrialisierung des Landes hat kaum begonnen. 1945 gab es 129.231 industrielle Werkstätten mit insgesamt 361.936 Arbeitern; von diesen Werkstätten beschäftigten aber 51.194 nur den Inhaber, während nur 9.475 Betriebe je fünf oder mehr Arbeiter angestellt haben. Aber auch diese sogenannten Grossbetriebe haben zusammen nur 240.407 Arbeitsstellen, d.h. sie beschäftigen im Durchschnitt nicht mehr als etwa 5 Arbeiter. Industrieproletariat ist also kaum vorhanden.

Das Land ist ein Agrarland, von dem gesagt wird, dass es reich sei. Was aber im Lande reich ist, ergibt sich am besten aus der Tatsache, dass nur 70 Prozent der Grundeigentümer nur etwa ein Achtel der Gesamtbodenfläche besitzen, während gleichzeitig rund sechs Prozent ungefähr zwei Drittel des fruchtbaren Landes zu eigen haben.

Für Landarbeiter liegen keine offiziellen Angaben über ihr Lohn- und Einkommen vor, doch wird ihr Einkommen als zwischen drei und fünf ägyptischen Pfunden im Jahr schwankend angegeben. Dagegen gehören die Staatsbeamten und staatlichen Angestellten zu den bestbezahlten Arbeitskräften in Ägypten. Der Fallache, der Landarbeiter, der den weitaus grössten Prozentsatz der arbeitenden Bevölkerung stellt, lebt im Landleben, er ist unbeschreiblich schlecht behaus und bekleidet, seine Ernährung ist trotz der drei Datteln im Jahre armselig, sie besteht hauptsächlich in Brot und Zwiebeln, und er vegetiert unter den denkbar schlechtesten gesundheitlichen Verhältnissen. Es gibt Reiche und Arme; die Reichen sind sehr reich, die Armen sehr arm, und dazwischen gibt es eine wirtschaftlich zahlen- und machtmässig nur ganz unbedeutende Mittelschicht. Die Gegensätze sind erschreckend gross, die objektiven Voraussetzungen für eine soziale Revolution sind gegeben.

Die subjektiven Kräfte aber, die solche Revolution herbeiführen, organisieren und leiten könnten, sind - wenn überhaupt vorhanden - kaum wahrzunehmen. Bis ungefähr Mitte 1946 hat es eine echte, wenn auch recht schwache Arbeiterbewegung in Ägypten gegeben. Diese Bewegung aber konnte sich gegen den Polizeifeldzug, der gegen sie geführt wurde, nicht halten. Der Kampf der Regierung gegen die Arbeiterbewegung begann damit, dass Mohammed El-Mudarek, der Vertreter der Ägyptischen Arbeiter beim Internationalen Gewerkschaftskongress in Paris 1945, bei seiner Rückkehr am Flughafen von Kairo verhaftet wurde. Auch andere Arbeiterführer, Mahmud El-Askari und Tahar Osman, sitzen zusammen mit vielen Dutzenden von Arbeitern seit Monaten im Gefängnis und es ist nicht abzusehen, ob und wann sie vor Gericht gestellt werden.

Dagegen hat der Finanzminister Abdel Rahman El-Bialy im Oktober 1946 eine "Arbeiterpartei" gegründet, der sich ein paar Tage später schon 16 Senatoren und Abgeordnete anschlossen. Bei einer Versammlung der 2.000

Männer aus allen Teilen des Landes beiwohnten, appellierte er an die Arbeiter Ägyptens, sich ihm "unter dem Banner des Königs Faruk, des ersten Arbeiters des Landes, anzuschliessen und zu helfen, den nationalen Wohlstand zu vergrössern." Nach den neuesten Berichten aus Ägypten wird diese "Arbeiterpartei" allgemein nur als ein nicht sehr gelungener Versuch betrachtet, das Eindringen kommunistischer Ideen in die Arbeiterschaft zu verhindern. Zahlenmässig scheint sie recht schwach zu sein.

Hat die Industriearbeiterschaft noch keinerlei politische Bedeutung gewonnen, weil sie wirtschaftlich und der Zahl nach kaum ins Gewicht fällt und noch keine Führung entwickelt hat, so sind die Ländarbeiter aus einer Reihe von Gründen für die Organisation nicht wirklich reif. Das Analphabetentum ist weit verbreitet und bei der letzten Volkszählung von 1937 ergab sich, dass von tausend männlichen und weiblichen Ägyptern 822 weder lesen noch schreiben können, und dieses Verhältnis ist auf dem Lande natürlich noch weit ungünstiger, als in der Stadt. Vor einiger Zeit stellte der Unterrichtsminister Mohamed El-Ashmawi Pascha in einer Rede vor Schulleitern fest, dass "mehr als 90 Prozent der ägyptischen Mütter Analphabeten sind und dass die ägyptischen Kinder daher zu Hause alles wieder verlieren und vergessen, was sie in der Schule gelernt haben". Und es ist bezeichnend, dass bei einem Gesamtbudget von rund 168,5 Millionen ägyptischen Pfund nur rund 4,8 Millionen, also etwa 3%, für das Ministerium für öffentlichen Unterricht aufgewendet werden.

Um die Organisation des glaubensmässig in Betracht kommenden Industrie- und Landproletariats bemühen sich u.a. auch die "Muselmanischen Brüder". Die Stärke dieser Organisation wird auf 500.000 geschätzt, sie ist geführt von Scheik Hassan El-Banna; ihre Mitglieder marschieren an gewissen Tagen militärisch geordnet in grünen Hemden unter den Klängen von Militärmusik durch Dorf und Stadt. Ihr Schlagwort ist: "Ein König, ein Reich, ein Glaube" und niemand weiss, ob nicht nächstens nach bewährtem Muster hinzugefügt wird: "Eine Partei". Die Bruderschaft ist in einen recht unbrüderlichen Kampf mit dem Wafd verwickelt, dem sie vorwirft, von Kommunisten durchsetzt zu sein, seine Aufträge von Moskau zu haben und unpatriotisch und unmoslematisch zu sein.

Die Wafd-Partei ist aber zweifellos nach wie vor die bedeutendste politische Kraft des Landes, wengleich sie gegenwärtig in der Regierung nicht vertreten ist, weil sie die letzten Wahlen boykottierte. Es ist eine bürgerlich-nationalistische Partei, die einzige, die neben den Muselmanischen Brüdern ein Organisationsnetz im Lande und so etwas wie ein politisches Programm hat. Neben den schon selbstverständlich gewordenen Punkten des Abzuges britischer Truppen und der Vereinigung des Sudans mit Ägypten enthält dieses Programm auch Forderungen nach sozialer Reform, die besonders stark von den jüngeren Mitgliedern der Partei und den Studenten unter ihren Anhängern betont werden. Das Schlagwort der Wafdisten ist dem der Muselmanischen Brüder verblüffend ähnlich und lautet: "Eine Krone, ein Volk, ein Nil!" Es ruft überhaupt gewisse Erinnerungen wach und tatsächlich sind in dieser Partei manche faschistische und stark fremdenfeindliche Züge zu beobachten. Der Führer dieser Gruppe, Nahas Pascha, war bis Februar 1944 Premierminister und steht besonders seit seiner Entlassung in scharfem Gegensatz zu dem jetzt 27-jährigen König Faruk I. Da auch weite Kreise des Volkes gegen den König, den sie wegen seiner Abstammung den "Türken" oder den "Albaner" nennen, eingestellt sind, scheint es nicht ausgeschlossen, dass die Frage der Dynastie in den Vordergrund rückt, falls Wafd bei den nächsten Wahlen die Mehrheit bekommt. - 7 -

Vorläufig aber steht der König an der Spitze einer sehr einflussreichen und machtvollen Gruppe von Männern und ist bestrebt, das Volk für die Unterstützung einer starken, vor ihm ganz unabhängigen Palastregierung zu gewinnen. Er kann den Engländern nicht vergessen, dass sie ihn im Februar 1942 zur Zeit des Vordringens der Deutschen in Nordafrika, gezwungen haben, einen Regierungswechsel vorzunehmen. Damals demonstrierten viele Ägypter in Kairo und Alexandrien auf den Strassen und riefen "Wir wollen Rommel! Wir wollen die Deutschen!" Die Engländern liessen daraufhin ein halbes Dutzend schwere Tanks im königlichen Palast aufmarschieren.

Ägypten hat weder nach dem ersten, noch jetzt nach dem zweiten Weltkrieg jene sozialen Veränderungen und Revolutionen durchgemacht, die Europa und Asien erfahren haben. In Ägypten leben die Armen und die Reichen so elend und so prasserisch, wie sie vor Hunderten, ja vor Tausenden von Jahren gelebt haben. Für die Herrschenden ist es auch in Ägypten ein recht einfaches und sehr bekanntes Ablenkungsmanöver, den Kampf um die Lösung der sozialen Probleme in eine nationale Richtung einzubiegen. Aber man hat in Ägypten deutlich das Gefühl, dass die Herren des Landes sich bereits vor den Geistern zu rechtfertigen beginnen, die sie gerufen haben und die sie jetzt nicht wieder erwidern können.

SPD-Regierung erfolgreich gegen Schwarzmarkt

(Zig. Bericht) Kiel

Die sozialdemokratische Landesregierung von Schleswig-Holstein hat in ihrer systematischen Schwarzmarktbe kämpfung einen weiteren Erfolg zu verbuchen. Nach den erfolgreichen Einzelaktionen gegen Schlemmerlokale in den Seebädern, gegen den gewinnstüchtigen Schleichhandel und nach der erfolgreichen Bekämpfung des illegalen Viehhandels ist jetzt ein sofort wirksam werdendes Einschreiten der Polizei gegen alle Schwarzmarkthändler und Schieber verfügt worden.

Nach einer kurzen, nur vier Paragraphen umfassenden "Verordnung zur Bekämpfung des Schwarzmarktes" können von ^{den} Polizeidienststellen alle Personen, die unter dem begründeten Verdacht stehen, Schwarzmarkthändler oder Nutzer desselben zu sein, sofort festgenommen werden. Ebenso wird mit allen Verdächtigen verfahren, die keine Beschäftigung nachweisen können. Die Festgenommenen werden sofort dem zuständigen Arbeitsamt zur Einweisung in anerkannt dringliche, im öffentlichen Interesse liegende Arbeiten vorgeführt. Kraftfahrzeuge und andere Hilfsmittel, die zu Zwecken des Schwarzmarktes genutzt werden, sind sicherzustellen. Mit aller Schärfe wird sofort neben den Polizeimassnahmen das richterliche Untersuchungsverfahren eingeleitet.

Mit der Verordnung, die auf Grund des Polizeiverwaltungs-Gesetzes erlassen wurde, ist ein wichtiger vorbildlicher Schritt zu einer allgemeinen Schwarzmarktbe kämpfung getan, der über abschreckende Einzelmassnahmen hinaus eine besondere Wirkung haben wird. Es bleibt zu wünschen, dass in allen Ländern und Zonen einheitlich nach gleichen Richtlinien vorgegangen wird. Damit wird die Bevölkerung vor dem gewinnstüchtigen Schleichhandel geschützt, das arbeitsscheue Gesindel von der Strasse gebracht und die Polizei von kleinlichen Beschlagnahmeaktionen hinweg mit voller Autorität im Kampf gegen das gefährlichste Verbrechen unserer Zeit eingesetzt.

b) B20/49/1/ke)

Erwerbslose Kriegsgefangene in England

Ein eigenartiges Licht auf die Behauptung, die Entlassung der noch in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen könne nicht schneller erfolgen, weil ihre Arbeitskraft dringend benötigt werde, wirft eine Meldung des "Daily Express". Danach wurden dieser Tage 1.300 deutsche Kriegsgefangene von Radwinter in der Gafschaft Essex nach Trumpington in der Nähe von Cambridge verbracht, weil für sie keine Arbeit vorhanden war. Sie hätten sich beschwert, untätig herumstehen und in den Strassen spazieren gehen zu müssen und keine Gelegenheit zu haben, sich etwas Geld zu verdienen. In der gleichen Nummer des "Daily Express" berichtet Stefan Delmer von einem an ihn gerichteten Brief eines deutschen Kriegsgefangenen, in dem sich dieser beklagt, dass in den letzten Wochen Tausende deutscher Kriegsgefangener von Südeuropa nach Schottland transportiert worden seien. In Südeuropa habe es genug Arbeit für sie gegeben. In Schottland aber seien sie zum Nichtstun gezwungen. - "Ist es notwendig, uns an einen anderen Ort zu senden, wo wir nicht gebraucht werden und wo es deshalb unmöglich für uns ist, etwas zu verdienen?", heisst es am Ende des Briefes. (m/B65/59/1/he)

Ein vernünftiger Vorschlag

Nach einer privaten Schätzung des englischen Labour-Abgeordneten Tom Driberg befinden sich 50.000 deutsche Kriegsgefangene in England, die im Frühjahr 1946 mit der Zusicherung, in die Heimat entlassen zu werden, aus Amerika nach Europa verschifft wurden, dann aber zum Arbeits-einsatz nach England zurückgebracht wurden. Von ihnen trägt jeder einen Dollar-Kredit-Scheck über durchschnittlich 100 Dollar bei sich. Es handelt sich um Ersparnisse, die den deutschen Kriegsgefangenen für ihre Arbeit in den USA zugeschrieben worden waren. Da die amerikanischen Behörden diese Dollar Kredit-Schecks nur in der amerikanischen Besatzungszone gegen Mark einlösen wollen, schlägt Tom Driberg vor, dass England diese Dollar-Schecks gegen englische Pfunde umtauscht. Dadurch wäre allen Beteiligten geholfen, und zwar nicht nur den Kriegsgefangenen, die nicht in der amerikanischen Zone beheimatet sind. Sie könnten mit den Pfunden in England nichtrationierte, in Deutschland aber äusserst knappe Waren, wie beispielsweise Kaffee, Armbanduhren, Füllfederhalter, Nadeln etc. kaufen und sie ihren Angehörigen nach Hause senden. "Dies würde", so sagt Tom Driberg, "ausserdem eine gewisse Kompensation, die nichts kostet, gegenüber denjenigen bedeuten, die ungewöhnlich hart behandelt wurden, denn die meisten dieser Kriegsgefangenen erhielten, als sie im Frühjahr 1946 aus den USA entlassen wurden, die feste Zusicherung, dass sie sofort nach Hause kämen. Stattdessen wurden sie hierher geschickt, um weiter eingesperrt zu bleiben und zur Zwangsarbeit genötigt zu werden." (m/B65/59/1/he)

Verantwortlich: Peter R a u n a u